

Flucht, Transit, Asyl



Ursula Bitzegeio · Frank Decker · Sandra Fischer

Thorsten Stolzenberg (Hg.)

# **Flucht, Transit, Asyl**

**Interdisziplinäre Perspektiven auf  
ein europäisches Versprechen**



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4242-8

© 2018 by  
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz:  
Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2018

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Martin Schulz</b> Vorwort . . . . .	11
<b>Ursula Bitzegeio · Frank Decker · Sandra Fischer · Thorsten Stolzenberg</b> Transit, Flucht und Asyl. Ein Plädoyer für definitorische Klarheit und Zukunftsperspektiven durch Dialog . . . . .	15
<b>Internationale Entwürfe für eine nachhaltige Einwanderungspolitik</b>	
<b>Sir Paul Collier</b> Asylpolitik neu denken. Vorschläge für ein gescheitertes System . . . . .	35
<b>Galya Ruffer</b> Sichere Flucht fördern, Brücken zur Heimat bauen. Erfahrungen und Ideen . . . . .	44
<b>Thomas Meyer im Gespräch mit Julian Nida-Rümelin</b> Über Grenzen denken . . . . .	57
<b>Europäische Einwanderungsdiskurse zwischen Solidarität und integrationspolitischer Überdehnung</b>	
<b>Sybille Reinke de Buitrago</b> Raum, Grenzen, Identität und Diskurs in der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik . . . . .	67

**Lisa Peyer**

Von »Migrationswellen« und »Flüchtlingsströmen«.

Eine kognitionswissenschaftliche Perspektive auf den

Zusammenhang von Sprache und Politik . . . . . 89

**Christiane Suchanek**

Fluchtursachenbekämpfung. Konzepte, Wahrnehmungen

und Realitäten – Ein Begriff macht Karriere . . . . . 111

## **Grenzen, Transit und europäische Transitpolitiken**

**Vinzenz Kratzer**

Konzept und Entwicklung der europäischen Transitlandpolitik . . . . . 133

**Yasemin Bekyol**

Frauen in Flüchtlingsunterkünften.

Zwischen europäischer Gesetzgebung und nationaler Praxis . . . . . 150

**Susanne Mantel**

Aufnehmen, ohne die Einreise zu erlauben?

Eine moralphilosophische Perspektive . . . . . 164

## **Nationale Strategien und transnationale Aushandlungsprozesse**

**Mahir Tokatli**

Die Rolle der Türkei in der Flüchtlingsbewegung.

Teil der Lösung oder Teil des Problems? . . . . . 179

**Hanne Schneider**

Externe EU-Migrationspolitik in der Ukraine.

»Safe Neighbourhoods« in Krisenzeiten? . . . . . 198

**Timo Karl**

»Bottom-up«-Ansatz statt »Top-down«-Kategorisierung.  
Die Integration umweltbedingter Personenbewegung  
in die Struktur des Paris-Abkommens . . . . . 218

**Urbane Ökonomien und  
kommunalpolitische Lösungsansätze**

**Ernst Mönnich**

Migration. Globale Ursachen, europäische Herausforderungen,  
nationale und regionale ökonomische Auswirkungen . . . . . 234

**Maïke Dymarz · Susanne Kubiak · Mona Wallraff**

Die lokale Integration von Geflüchteten im »Pfad der Integration«.  
Potenziale und Anforderungen in der Stadt Dortmund . . . . . 254

**Laura Wallner**

Die Einführung von Diversitätsstrategien in Kommunen  
als Perspektive für die Integrationspolitik . . . . . 273

**Martin Mertens**

Die Kommune als Ort der gelebten Integration.  
Ein kurzer Bericht aus der Praxis in der  
Gemeinde Rommerskirchen . . . . . 290

**Integration durch Teilhabe**

**Norbert Frieters-Reermann**

Bildungsteilhabe von Geflüchteten . . . . . 296

**Jürgen Mittag**

Notbehelf oder Integrationsmotor? Potenziale und Grenzen  
des Sports im Rahmen der Flüchtlingspolitik . . . . . 312

**Diana Carolina Tobo**

Alte Stolpersteine bei der politischen Teilhabe  
der Neuankömmlinge . . . . . 345

## **Politische Bildung. Aktuelle empirische und didaktische Konzeptionen**

**Inken Heldt**

»Selbst Schuld«.  
Was Diskriminierung subjektiv plausibel macht –  
Ein Blick aus dem Alltag . . . . . 359

**Clemens Stolzenberg**

Politische Bildung im Social Web im Kontext von Flucht und Asyl.  
Zielgruppenspezifische Formatentwicklung im Praxisprojekt  
»Refugee Eleven« . . . . . 375

**Anja Besand**

Von Sachsen lernen.  
Oder wie angemessene »Bearbeitungsstrategien« auf  
rechtspopulistische Bewegungen aussehen könnten . . . . . 394

## **Rechtspopulistische Angstsemantiken und mögliche Begegnungsstrategien**

**Frank Decker**

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus  
als Herausforderungen der Demokratie in der Bundesrepublik . . . . . 410

**Volker Best**

Eine Prämie wider den Populismus.  
Vorschlag einer Obergrenze für populistische Politikbeeinflussung  
durch Reform der Verhältniswahlssysteme . . . . . 426



**Ali Can**

Wie Integration gelingen kann. Ein autobiografischer Essay  
aus der Praxis der »Hotline für besorgte Bürger« . . . . . 442

**Anhang**

Abkürzungen . . . . . 455  
Autorinnen und Autoren . . . . . 459

Ursula Bitzegeio · Frank Decker · Sandra Fischer · Thorsten Stolzenberg

## Transit, Flucht und Asyl. Ein Plädoyer für definitorische Klarheit und Zukunftsperspektiven durch Dialog

Spätestens seit der Zuspitzung der sogenannten Flüchtlingskrise ab Mitte 2015 halten die Auseinandersetzungen um Transit, Asyl und Migration die europäische Politik in Atem. Während konsensuelle Lösungen in der EU in vielen Politikfeldern, nicht zuletzt auf dem ökonomischen Gebiet, möglich sind, tun sich in der Flüchtlingsfrage tiefe Gräben auf.<sup>1</sup> Die politische Auseinandersetzung wird dabei nicht nur von Sachzwängen bestimmt; insbesondere die 2016 vorgebrachten islamkritischen Argumente der ungarischen Regierung gegen die Aufnahme von Flüchtenden in Europa weisen auf große weltanschauliche Unterschiede hin, die in der spezifischen Auslegung von Fragen des Asyl- und Völkerrechts von Bedeutung sind. Gleichzeitig entbrennt eine Debatte über Einwanderung allgemein und die Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Menschen außereuropäischer Herkunft im Besonderen. In diesem Zusammenhang treten auch die »Schattenseiten«

---

1 Vgl. die Beiträge in Bundeszentrale für politische Bildung, in: APuZ 63 (2013) 47 und 65 (2015) 25 sowie die einführenden Beiträge in: Henkel/Hoppe (2015).

der bis dato überwiegend »negativen« Logik des europäischen Einigungsprozesses, der sich vor allem auf die Beseitigung von Marktbarrieren konzentriert hat, sichtbar hervor. Wird der Austausch von Waren und Geldströmen zunehmend auf europäischer Ebene geregelt, bleiben die »sozialen und kulturellen Nebenfolgen« nach wie vor den Nationalstaaten überlassen. Außen- und sicherheitspolitisch zeigte sich dies darin, dass 2015 die Sicherung der EU-Außengrenzen von der Gemeinschaft ebenso wenig gewährleistet werden konnte wie eine »faire Verteilung« der Schutzsuchenden auf die Mitgliedsstaaten, die einige Länder sogar grundsätzlich verweigerten und bis heute verweigern.<sup>2</sup> Dies hat in den europäischen Öffentlichkeiten ein diffuses und heterogenes Bild der Deutung von Grund-, Menschen- und Freiheitsrechten zu Tage gefördert, umrahmt von Verteilungs- und Machtkämpfen.<sup>3</sup> Besonders der Aufstieg rechtskonservativer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte – ablesbar an den jüngsten Wahlergebnissen in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Österreich – weist auf die Virulenz der politischen und gesellschaftlichen Debatten um Grenzregime, Fluchtursachen, Asylpolitiken, Einwanderung und Integration hin.<sup>4</sup> Tatsächlich kritische Momente im Umgang mit den durch den Zuwanderungsdruck entstehenden gesellschaftlichen, politischen und administrativen Herausforderungen sind von medial inszenierten apokalyptischen Vorannahmen vielfach stark überformt. Die Metapher »das Boot ist voll«, die mit jeder Asyl- und Integrationsdebatte in Deutschland Renaissancen erlebt, zeugt hiervon. Gleichzeitig wird mit Blick auf Integrationsfragen »emotional und intensiv« und ohne eine »kluge Politik der Differenz« immer wieder über das Vorhandensein von »Parallelgesellschaften« und der Notwendigkeit einer integrierenden »Leitkultur« gestritten.<sup>5</sup> Um Antworten auf und Lösungen für die sogenannte europäische »Flüchtlingskrise« zu finden, ist es sinnvoll,

---

2 Jüngst zu sehen an dem Widerstand Ungarns, das EuGH-Urteil vom 6.9.2017 anzuerkennen, welches die Rechtmäßigkeit der im September 2015 vereinbarten Umverteilungsquote der EU-Innenminister zur Verteilung Geflüchteter bestätigte. Nur einer von Ungarns Mitklägern, die Slowakei, hat sich bereit erklärt, dem Urteil Folge zu leisten.

3 Rüttgers/Decker (2017), S. 11.

4 Vgl. zum Beispiel Geiges/Marg/Walter (2015); Küpper/Rees/Zick (2016), El-Tayeb (2016) sowie die Beiträge in Heinz/Kluge (2012) und Decker/Henningsen/Jakobsen (2015).

5 Schiffbauer (2008), S. 8 ff. Vgl. außerdem Nassehi (2017).

Diskurse in den europäischen Öffentlichkeiten um Einwanderung, Grund- und Menschenrechte sowie die Organisation vor allem lokaler politischer Praxen durch regelmäßige Wortmeldungen aus der aktuellen gesellschaftswissenschaftlichen Forschung konstruktiv zu unterstützen. Eben dies war das Ziel einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn durchgeführten internationalen Fachtagung, die vom 21. bis 23. September 2016 in Bonn Vertreter des wissenschaftlichen Nachwuchses, der etablierten Forschung und politische Akteure der kommunalen Praxis zusammengeführt hat, um die Herausforderungen der Flucht- und Migrationspolitik und mögliche Lösungsstrategien zu erörtern. Die wichtigsten Ergebnisse der Tagung sind zusammen mit weiteren zusätzlich eingeworbenen Beiträgen in diesem Band vereint.

## Zur Einschätzung der gegenwärtigen Situation

Mit den inzwischen legendären und durch unterschiedliche Bedeutungen aufgeladenen Worten der Bundeskanzlerin Angela Merkel »Wir schaffen das!« wurden im September 2015 die »Grenzen geöffnet«, um Geflüchteten, die in Ungarn »gestrandet« waren, die Weiter- bzw. Einreise nach Deutschland zu gewähren.<sup>6</sup> Dass 2015 zum »Jahr der Flüchtlinge« werden würde, wie es in einer von der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl herausgegebenen Publikation heißt, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorauszusehen.<sup>7</sup>

2015 und 2016 wurden in der Bundesrepublik 442.000 bzw. 722.200 Erstanträge auf Asyl gestellt – so viel wie nie zuvor. 2015 stellten Schutzsuchende aus den Kriegsgebieten in Syrien knapp 159.000 Erstanträge, gefolgt von 54.000 Antragstellern aus Albanien, 33.000 aus dem Kosovo und gut 31.000 aus Afghanistan.<sup>8</sup> Nach der im Oktober 2015 von der Bundesregierung vorgenommenen Einstufung von Albanien und dem Kosovo als si-

---

6 Auf der Bundespressekonferenz am 31.8.2015 sagte die Bundeskanzlerin wörtlich: »Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!«

7 Amadeu Antonio Stiftung/Förderverein PRO ASYL e. V. (2016), S. 2.

8 Vgl. BAMF (2016), S. 18-20.

chere Herkunftsstaaten blieb Syrien 2016 mit 266.000 Anträgen weiter das Hauptherkunftsland, gefolgt von Afghanistan mit gut 127.000 und dem Irak mit gut 96.000 Erstanträgen.<sup>9</sup> Allerdings gibt die Zahl der Erst- und auch Folgeanträge nur bedingt wieder, wie viele Menschen tatsächlich in den letzten beiden Jahren in Deutschland Asyl gesucht haben. Der große Andrang von Schutzsuchenden im Herbst 2015 überlastete die Behörden bei der Erfassung und Bearbeitung der Anträge so stark, dass nicht alle Schutzsuchenden sofort einen Asylantrag stellen konnten.<sup>10</sup> Als aussagekräftigere Quelle gilt daher das EASY-System, das die Erstverteilung der Flüchtenden auf die einzelnen Bundesländer digital erfasst. Laut dieser Quelle waren 2015 knapp 1,1 Millionen Menschen und 2016 nochmals rund 280.000 Personen nach Deutschland geflohen.<sup>11</sup>

Blickt man über die deutschen Grenzen hinaus auf die anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, ist auch dort die Zahl der Asylanträge deutlich angestiegen. 2015 wurden die meisten Anträge in Deutschland, Ungarn, Schweden, Österreich, Italien und Frankreich gestellt.<sup>12</sup> Die Schließung der »Balkan-Route« und der auf Betreiben der Bundeskanzlerin ausgehandelte »Flüchtlings-Deal« mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, aber auch die restriktivere Aufnahmepraxis Schwedens führten 2016 zu einer Verschiebung: Deutschland blieb weiter das bevorzugte Ziel der Geflüchteten, jetzt aber folgten Italien und Frankreich noch vor Griechenland, Österreich und dem Vereinigten Königreich.<sup>13</sup>

Die starke Zunahme von Asylanträgen traf die Bundesrepublik 2015 und 2016 einerseits zwar unvorbereitet und löste deshalb eine heftige gesellschaftliche und politische Diskussion aus. Andererseits konnte das Land aber auch auf vielfältige Vorerfahrungen mit Flucht, Asyl und Einwanderung

---

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. BAMF (2016), S. 10. Rückstände bei der Bearbeitung von Asylanträgen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stehen allerdings schon seit Jahren in der Kritik. Vgl. Luft (2016), S. 94-96.

11 Allerdings ist auch diese Zahl empirisch vage, da es einerseits zu einer Reihe von Doppel- und Fehlregistrierungen gekommen sein könnte und andererseits Geflüchtete sich zwar in Deutschland registrieren lassen, möglicherweise aber nur durchreisen, um anschließend in ein anderes europäisches Land weiterzuziehen.

12 Vgl. BAMF (2016), S. 29.

13 Vgl. BAMF (2017), S. 29.

seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurückblicken. Ging es in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst um die Aufnahme und Eingliederung der aus den verlorenen Ostgebieten geflüchteten und vertriebenen Deutschen, so kam es im Zuge des Wirtschaftswunders bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren zu einer ersten Welle der Arbeitsmigration – diese »Gastarbeiter«, die aus Italien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei kamen, waren aus ökonomischen Gründen notwendig und deshalb politisch ausdrücklich erwünscht.<sup>14</sup> Auch die seit 1988 zu Hunderttausenden insbesondere aus der Sowjetunion ankommenden Aussiedler waren der zu dieser Zeit regierenden CDU/CSU und FDP-Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl wegen ihrer deutschen Wurzeln willkommen.<sup>15</sup> Das Ende des Kalten Krieges und der Wegfall des »Eisernen Vorhangs« führten zu Beginn der 1990er-Jahre zu starken Wanderungsbewegungen aus dem Osten. Diese erreichten in Deutschland 1992 ihren Höhepunkt mit knapp 440.000 Asylanträgen,<sup>16</sup> was heftige innenpolitische Kontroversen auslöste und eine erste Einschränkung des bis dahin unbegrenzten deutschen Asylrechts nach sich zog – durch Einführung der bis heute gültigen Drittstaatenregelung und der Möglichkeit, diese zu »sicheren Herkunftsländern« zu erklären.<sup>17</sup> Wenige Jahre später kam es zu weiteren Fluchtbewegungen besonders aus Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo als Folge des Zerfalls Jugoslawiens und der dortigen Bürgerkriege.<sup>18</sup>

Die Dimension und Tragweite der derzeitigen »Flüchtlingskrise« erscheint allerdings ungleich größer als die Fluchtbewegungen der frühen und mittleren 1990er-Jahre. Der Grund dafür liegt erstens in der spezifischen Situation der aktuellen Bürger- und Stellvertreterkriege und damit den veränderten »Fluchtursachen«. Zwar suchen die meisten Flüchtenden als sogenannte

---

14 Die Gewerkschaften standen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zuerst skeptisch gegenüber, befürchteten sie doch eine Konkurrenz für ihre eigene Klientel. Vgl. Dickel (2002), S. 228 f.; Hansen (2003), S. 25 f.

15 Anders sah das in Teilen der sozialdemokratischen Opposition aus. So stimmte der von der SPD dominierte Bundesrat 1992 einer Verschärfung des Asylrechts nur zu, nachdem sich die Regierungskoalition im Gegenzug auf eine Begrenzung des Aussiedlerzuzugs verpflichtet hatte. Vgl. Panagiotidis (2014).

16 Vgl. BAMF (2017), S. 10 f.

17 Vgl. dazu ausführlich Dickel (2002), S. 285-306 und die Beiträge in Luft/Schimany (2014).

18 Vgl. Luft (2016), S. 9.

Binnenflüchtlinge Schutz innerhalb ihrer eigenen Länder. Ein weiterer großer Teil flieht in die Anrainer- bzw. Nachbarstaaten, sodass die meisten Fluchtbewegungen regional aufgefangen werden.<sup>19</sup> Dennoch haben die Kriege im Nahen Osten, der in weiten Teilen gescheiterte »Arabische Frühling« und der damit einhergehende Staatszerfall namentlich in Libyen die Fluchtbewegungen an die Grenzen Europas getragen.<sup>20</sup> Dabei sieht sich die »westliche« Welt nicht nur mit Kriegsflüchtlingen konfrontiert; auch öffentlich und medial als »Wirtschaftsflüchtlinge«<sup>21</sup> eingestufte Menschen aus Afrika streben vermehrt nach Europa, weil sie sich dort ein besseres Leben versprechen. Beiden Gruppen ist gemeinsam, dass sie überwiegend aus islamischen Ländern stammen.<sup>22</sup>

Zweitens treffen diese mehrheitlich muslimischen Geflüchteten in Westeuropa auf Aufnahmegesellschaften, in denen die Möglichkeiten und Grenzen von Integration und Teilhabe mit der kulturellen und Religionszugehörigkeit in Zusammenhang gebracht werden; solche nationalen »Werte- und Kulturdebatten« sind in der Regel stark aufgeladen und nehmen nicht selten demagogische Auswüchse an.<sup>23</sup> Dabei sind tatsächliche und empfundene Integrationsprobleme muslimischer Migrantinnen und Migranten je nach Land verschieden gelagert, unterscheiden sich doch postkoloniale Staaten wie Frankreich oder Belgien von Ländern wie Deutschland, in dem vor allem die Unionsparteien bis in die späten 1990er-Jahre an der Vorstellung festhielten, kein Einwanderungsland zu sein.<sup>24</sup>

Die gesellschaftliche oder auch öffentliche Skepsis und die mediale Problematisierung von Stufen und Qualitäten von »Integration« umkreisen zwei weitere Aspekte. Der eine kumuliert um »terroristische« Szenarien, da der islamistische Terrorismus mittlerweile nicht mehr nur in weit von Euro-

---

19 Vgl. ebd., S. 13.

20 Vgl. ebd., S. 9.

21 Zur negativen Konnotation dieses Begriffs vgl. Bade (2015), S. 6 f.

22 2015 gaben 73,1 % der Erstantragsteller als Religionszugehörigkeit den Islam an; 2016 waren es 75,9 %. Vgl. BAMF (2016), S. 25; BAMF (2017), S. 25.

23 Man denke im deutschen Fall nur an die Debatte um das 2010 erschienene Buch »Deutschland schafft sich ab« des früheren Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin, in dem die Integration der überwiegend türkischstämmigen Zuwanderer in der Bundesrepublik als vollständige Misserfolgsgeschichte beschrieben wird.

24 Vgl. Bendel (2017), S. 5; Dickel (2002), S. 225.

pa entfernten Weltregionen stattfindet. Die Anschläge in Paris, Nizza, Würzburg, Ansbach, Berlin, London, Manchester und Madrid verdeutlichen, dass der global agierende islamistische Terrorismus »vor unserer Haustür« angekommen ist. Der andere Aspekt dreht sich um die empfundene und tatsächliche Ablehnung säkularer Gesellschafts- und Lebensentwürfe einzelner Muslime in Deutschland, deren Rückbesinnung auf religiös geprägte Werte und Traditionen als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung und als Einfallstor für Rekrutierungsbemühungen von Islamisten wahrgenommen werden.<sup>25</sup>

Drittens lösen diese beiden Entwicklungen gemäß der Unterscheidung, die der Politikwissenschaftler Herfried Münkler getroffen hat, nicht Furcht, sondern Ängste in Teilen der Aufnahmegesellschaften aus. Während »objektbezogene« Furcht »eine Vorstellung davon impliziert, womit man es zu tun hat und worin die Ursachen der Furcht bestehen«, sei Angst »eine fluide Disposition, die entweder keine genauen Ursachen anzugeben vermag oder bei der die ängstigenden Ursachen ständig wechseln«. Dementsprechend lasse sich »Furcht [...] mit Wissen, Aufklärung und konkreten Maßnahmen bearbeiten; Angst nicht«.<sup>26</sup>

Verstärkt durch das Gefühl von Teilen der Bevölkerung, zu den »Verlierern der Globalisierung« zu gehören, einer diffusen Angst vor »Überfremdung« und dem Verlust der nationalen Identität sowie einem zunehmenden Europaskeptizismus, sind fremdenfeindliche und islamophobe Reaktionen heute in vielen Aufnahmegesellschaften zu finden. In Deutschland äußerte sich dies zunächst in hasserfüllten Demonstrationen von Pegida und brennenden Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete im Sommer 2015, die Erinnerungen an ähnliche Ausschreitungen gegen Asylbewerber in den 1990er-Jahren weckten; gleichzeitig gelang es mit der AfD einer »einwanderungskritischen« rechtspopulistischen Partei, sich im Parteiensystem dauerhaft festzusetzen, was bis dahin noch keiner vergleichbaren Gruppierung gelungen war.<sup>27</sup> Die Bundesrepublik findet damit Anschluss an die europäische Normalität. Gruppierungen wie der Front National in Frankreich, die »Partei

---

25 Vgl. Luft (2016), S. 109 f.

26 Münkler (2016), S. 7 f.

27 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung/Förderverein PRO ASYL e. V. (2016), S. 2 f.; Becher/Begass/Kraft (2015); Decker (2015), S. 27-32; Geiges/Marg/Walter (2015); Zick/Küpper (2015).



für die Freiheit« in den Niederlanden und »Recht und Gerechtigkeit« in Polen, die für ein kulturell homogenes Identitätsverständnis und die Rückbesinnung auf den Nationalstaat stehen, gehören heute überall zur Grundausrüstung der Parteiensysteme.<sup>28</sup> Damit ist eine vierte veränderte Rahmenbedingung angesprochen: die Entsolidarisierung innerhalb der Europäischen Union, die in der Euro- und Griechenlandkrise sichtbar wurde und im EU-Referendum der Briten 2016 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. In der »Asyl- und Flüchtlingspolitik« hatte sich der Mangel an gegenseitiger Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft schon im Oktober 2013 mit voller Wucht gezeigt, als vor der italienischen Insel Lampedusa schätzungsweise 350 Schutzsuchende ertranken. Zwar versprachen sämtliche europäische Regierungschefs – auch Angela Merkel – Italien mit der Herausforderung der Geflüchteten, die über das Mittelmeer kommen, nicht alleine zu lassen. Letztendlich gibt es aber bis heute keine funktionierende gemeinsame Sicherung der europäischen Außengrenzen, geschweige denn eine faire Verteilung der Geflüchteten innerhalb der Union.<sup>29</sup>

## Plädoyer für den interdisziplinären Dialog

Während die Friedens- und Konfliktforschung Flucht und Menschenrechte überwiegend im Kontext weltweiter Ressourcenkonkurrenz thematisiert und hierauf aufbauend kritische Bewertungen europäischer Grenzregime vornimmt,<sup>30</sup> befassen sich die Sozialwissenschaften stärker mit den sozialen Folgen der Migration in den Lebenswelten der Einwanderer und der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft.<sup>31</sup> In der Politikwissenschaft, im Völkerrecht, aber zunehmend auch in den Wirtschaftswissenschaften werden derzeit einerseits europäische Sicherheits-, Grenz- und Asylpolitiken, andererseits die gesellschaftlichen und parteipolitischen Begleiterscheinungen

---

28 Vgl. Decker/Henningsen/Jakobsen (2015); Hillebrand (2015).

29 Vgl. Börzel (2017).

30 Vgl. zum Beispiel Grenz/Lehmann/Keßler (2015), Richter (2015) und die Beiträge in Bierdel/Lakitsch (2014).

31 Vgl. zum Beispiel Biakowski/Halotta/Schöne (2016), Treibel-Illian (2011), Walter/Menz/De Carlo (2006) sowie Herwartz-Emden (2003).

der Zuwanderung in den Blick genommen.<sup>32</sup> Historische und kulturwissenschaftliche Deutungsangebote von Flucht, Vertreibung und Transit im Spiegel von Globalisierung in Europa runden das Bild ab.<sup>33</sup> Jede dieser Fachrichtungen ist von mehreren Motiven bzw. Kernfragen geleitet:

1. Welche Rolle spielen Menschenrechte und humanitäre Hilfe für die Aufnahme von Geflüchteten?
2. In welchem Maße sind die westlichen Gesellschaften aus demografischen Gründen auf Zuwanderung angewiesen?
3. Inwiefern fallen Aspekte wie Kulturalität, Herkunft, Sozialisation und Generation ins Gewicht?
4. Inwiefern ist der aktuelle Aufschwung rechter Denkschulen und rechtspopulistischer Kräfte mit der »krisenhaften« Situation in den europäischen Aufnahmegesellschaften verknüpft?

Die Korrespondenz der Fragestellungen mit der aktuellen politischen Polarisierung liegt auf der Hand: Das »Wir schaffen das!« der Kanzlerin wird als »Parole des humanitären Affekts« gewertet, die keine »Zuwanderungsgrenzen« kennt. Hierzu passen Vorschläge zur geregelten Zuwanderung nach arbeitsmarktpolitischen Bedarfen, wie sie jüngst von Herfried und Marina Münkler in ihrem Buch »Die neuen Deutschen« formuliert worden sind. Sie erscheinen als eine ökonomische und aus US-amerikanischen Konzepten inspirierte Antwort auf demografische Probleme wie dem vielfach befürchteten Fachkräftemangel.<sup>34</sup> Im Gegensatz dazu kann Vertreterinnen und Vertretern rechter Denkschulen vor dem Hintergrund einer europäischen Kulturapokalypse die »Eingangsschleuse« vor allem für muslimische Migrantinnen und Migranten nicht eng genug sein.<sup>35</sup> Auch der Migrations- und Asylforschung ist eine derartige gesellschaftspolitische Exponierung nicht fremd.<sup>36</sup> Von Überlegungen über die universale Bedeutung von Rassismus in Deutschland – gedacht als »interkulturelle«<sup>37</sup> oder bereits »postmigranti-

---

32 Vgl. zum Beispiel Meier-Braun (2015), Collier (2014) und in der Partizipationsforschung Schuhler (2017).

33 Vgl. zum Beispiel Bade (2004).

34 Münkler/Münkler (2016).

35 Vgl. Häusler/Küpper/Zick (2016).

36 Bade (1999).

37 Terkessidis (2010).

sche Gesellschaft«,<sup>38</sup> hin zur »Karriere und Funktion abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik«,<sup>39</sup> über »Wege zur fairen Lastenverteilung der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union« bis hin zum Appell »Menschenrechte wahren!« – weisen alleine schon die Titel der Bücher und Aufsätze auf ein vielschichtiges »kritisch-politisches« Angebot an die interessierte Öffentlichkeit hin.<sup>40</sup>

Für Christina Rogers haben sich im Zusammenhang mit den »anhaltenden« europäischen »Migrationsbewegungen« in den Diskursräumen einige »Schlagworte« wie »Flüchtlingskrise«, »Willkommenskultur« und die »ewige Rede« von den »besorgten« Bürgerinnen und Bürgern »verselbständigt« und als »reproduzierbar« erwiesen. Mit Blick auf politische Implikationen seien sie »semantisch« variabel. Insbesondere sei der Begriff »Flüchtlingskrise« in hohem Maße irreführend, da er »verschleierte«, wer von der Krise betroffen sei. Er verneine Momente der freiwilligen Entscheidung, die Menschen dazu bewegt, ihr Land zu verlassen und löse damit die »rechtliche Kategorie des »Flüchtlings«« und die »viktimisierende Konnotation« von »displaced persons« auf: »Im affektpolitischen Sinn hängt die Rede von Flüchtlingskrise an einem Sicherheitspositiv – denn aus Krisenszenarien wie Katastrophen und Ausnahmezuständen lassen sich immer politische ad hoc Entscheidungen fällen, die wieder Ordnung, Sicherheit und Normalität herstellen sollen, nicht zuletzt mittels Überwachung, Kontrolle und restriktiven Maßnahmen.«<sup>41</sup>

Der Ruf nach definitorischer und semantischer Genauigkeit ist vor allem aus sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht gut begründet. Andererseits sollte Forschung aber auch in lebensweltlichen Kontexten stattfinden; sie ist »aufgerufen«, in den gesellschaftspolitischen Dialog einzutreten, wenn die praktische Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Bewältigung anstehender Probleme oder zur Schadensbegrenzung beitragen kann. Dies schließt laut Klaus Bade sowohl »die Bereitschaft zur direkten oder indirekten Praxis und Politikberatung« als auch die »kritische Politikbegleitung über Öffentlichkeit« mit ein.<sup>42</sup> Um die Wirkung von Lösungsansätzen aus der

---

38 Yildiz/Hill (2015); Aced/Düzyol/Rüzgar (2014); Stickler (2014).

39 Bade (2015).

40 Zur »kritisch-politischen« Forschung vgl. Grebing (1984).

41 Rogers (2017), S. 71.

42 Bade (1999), S. 107 ff.

Wissenschaft zu erhöhen, bietet es sich manchmal an, auf überkomplexe Begriffe zugunsten eines pragmatischen Sprachgebrauchs zu verzichten. Für die wissenschaftlich-akademische Bearbeitung der mit Flucht und Migration verbundenen komplexen Probleme empfiehlt sich ein multi- und interdisziplinärer Absatz, der sozial-, politik-, geschichts-, kultur-, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Kompetenzen zusammenführt. Nur so – durch eine Dekonstruktion kultureller Stereotypen, eine Überprüfung bisheriger Gesellschaftsentwürfe oder eine Neuformulierung von Gerechtigkeits- und Verteilungskonzepten – lassen sich die Möglichkeiten und Grenzen der Politik auf diesem Gebiet verstehen und Perspektiven für bessere »Krisenbewältigungen« gewinnen.

## Plädoyer für den internationalen Dialog

Neben dem interdisziplinären Dialog verlangt die Globalität der Themen Transit, Flucht und Asyl auch das Gespräch mit der internationalen Wissenschaftsgemeinde. Hier hat sich vor allem der britische Entwicklungsökonom Sir Paul Collier mit seiner kritischen Haltung zum derzeitigen Migrationsregime exponiert.<sup>43</sup> Collier erforscht seit mehreren Jahren die »unterste Milliarde« der Weltbevölkerung und blickt mit Sorge auf den wachsenden Zuwanderungsdruck aus Afrika.<sup>44</sup> Die Politik der »offenen Tür« motiviere gut ausgebildete Menschen, auf einer gefährlichen Überfahrt nach Europa ihr Leben zu riskieren. Die Wanderbewegungen von Süden nach Westen und Norden wirke dabei wie ein »Aderlass von Fachkräften« in den ärmsten Ländern der Welt. Deren ökonomische und politische Weiterentwicklung werde so verhindert. Der Westen entziehe durch falsche Anreize der »untersten Milliarde« genau die soziale Vielfalt, die man sich in Europa von Zuwanderern verspreche. Auch hätten Studien zeigen können, dass trotz besserer finanzieller Ausstattung die Lebenszufriedenheit von Einwanderern aus Afrika nicht signifikant höher sei als die der Zurückgebliebenen. Collier plädiert deshalb

---

43 Collier (2014).

44 Vgl. Collier/Hoeffler (2013); Collier (2007).

für eine Begrenzung der Zuwanderung.<sup>45</sup> Seine ökonomische Argumentation lässt den individuellen Blick auf Fluchtursachen, Fluchttypen oder verschiedene Begründungen für politisches Asyl bisweilen vermissen. Dennoch bietet sie einen wertvollen Ansatz, um Schwachstellen und Selbstgerechtigkeiten der europäischen Migrationspolitik kritisch zu hinterfragen. Eine alternative Deutung mit festem Blick auf die Integration geflüchteter Menschen in die europäischen Aufnahmegesellschaften bieten die noch unveröffentlichten Überlegungen der amerikanischen Rechtswissenschaftlerin Galya Ruffer. Sie fragt nach Potenzialen, die die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten jenseits humanitärer Beweggründe birgt und wie politischer Wille (*local goodwill*) zur Akzeptanz von dauerhaftem »Resettlement« generiert werden kann. Ausgehend von einer zeitgeschichtlichen Betrachtung und anhand eines europäisch-amerikanischen Vergleichs legt sie ihr Augenmerk dabei einerseits auf klassische Konzepte des Empowerments und der Zivilgesellschaft. Um in den Genuss der Vorteile von Einwanderung zu kommen und um den globalen Verantwortungen in Kriegs- und Krisenregionen gerecht zu werden, müsse Europa in der internationalen Zusammenarbeit und in grenzüberschreitenden Absprachen vor allem an einem gemeinsamen politischen Rahmen zur Stärkung der NGO-Arbeit arbeiten. Gleichzeitig müssten die Aufnahmegesellschaften zivile Kräfte und lokale Freiwilligenarbeit in großem Umfang finanziell stärken, um die Solidarität mit den Geflüchteten zu fördern.<sup>46</sup> Die Vorschläge erscheinen zunächst pragmatisch. Tatsächlich lässt sich für Deutschland feststellen, dass gezielte Maßnahmen zur Stärkung ehrenamtlicher Arbeit in der Flüchtlingshilfe auf der kommunalen Ebene die gesellschaftliche Akzeptanz der Migranten vielfach erhöht haben.<sup>47</sup> Fraglich bleibt allerdings, ob eine entsprechende Synchronisierung der Flucht-, Asyl- und Integrationspolitiken in einer schwächer werdenden EU reale Aussichten auf Umsetzung hat, zumal sich einige Länder der Aufnahme von Flüchtlingen prinzipiell verweigern.

---

45 Collier (2014); vgl. außerdem seinen Beitrag in diesem Band (⇒ S. 35 ff.).

46 Vgl. ihren Beitrag in diesem Band (⇒ S. 44 ff.).

47 Daphi (2016).

## Plädoyer für den Dialog mit der Praxis

Die in diesem Band dokumentierte wissenschaftliche Fachtagung sucht zugleich den Dialog mit der Praxis – und zwar auf drei Ebenen bzw. in drei Bereichen: der sozialen Arbeit, der kommunalen Verwaltung und der Politik. Im Rahmen einer öffentlichen Abendveranstaltung diskutierten der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Eimsbüttel, Torsten Sevecke (SPD), die Dezernentin für Sicherheit und Ordnung, Bürgerdienste und Soziales und Generation der Stadt Königswinter, Heike Jüngling (parteilos), sowie der Bürgermeister der Stadt Rommerskirchen, Martin Mertens (SPD), über kommunale Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Flüchtlingspolitik im Rückblick auf die vermeintliche »Willkommenskultur« der Jahre 2015 und 2016.

Vorgestellt wurde dem Podium ein Vortrag Seveckes über den Fall der Hamburger Sophienterrasse. Ein Verwaltungsgebäude im gehobenen Stadtteil Harvestehude des Bezirks Hamburg-Eimsbüttel sollte Ende 2015 zur Unterkunft für über 200 Geflüchtete werden, doch Anwohner wehrten sich gegen das Vorhaben. Die anfängliche Reibung zwischen der städtischen und kommunalen Vision einer gleichmäßigen Verteilung Geflüchteter auf Hamburgs Wohnviertel auf der einen Seite und den Anwohnern der Sophienterrasse auf der anderen Seite schlug bundesweite Wellen. Der begleitende emotionale mediale Diskurs löste auch in anderen Regionen Widerstand unter Anwohnern aus, die sich gegen ähnliche Vorhaben wehrten. Nach zwei für die Stadt ernüchternden Gerichtsprozessen, einem breiten Bürgerdialog und einem neuen Bebauungsplan konnten Anfang 2016 die ersten der knapp 200 Geflüchteten in die Unterkunft einziehen.<sup>48</sup> Die Kritik riss aber auch später nicht ab, nachdem bekannt wurde, dass die Anwohner sich mit ihrem Anliegen, ausschließlich Bürgerkriegsflüchtlinge und Familien in ihrem Wohnviertel unterzubringen, durchgesetzt hatten.<sup>49</sup>

Dass sich ein solcher Fall auch für eine praxisorientierte wissenschaftliche Untersuchung eignet, zeigt die Studie des Soziologen Jürgen Friedrichs (Universität Köln), der in einer Umfrage die Befindlichkeit der Anwohner ein Jahr nach Eröffnung der Unterkunft überprüft hat. Fast Dreiviertel (73,4 %)

---

48 Vgl. zum Beispiel Woldin (2016).

49 Vgl. zum Beispiel Kempkens (2016).

zeigten sich positiv eingestellt. Die hohe Akzeptanz Geflüchteter aus Kriegsgebieten (62,8 %) im Vergleich zur geringen Akzeptanz von »Wirtschaftsflüchtlingen« (8,7 %) spiegelt aber die weiter bestehenden Vorbehalte gegenüber den Letzteren wider.<sup>50</sup> Neben Hamburg-Eimsbüttel lassen sich auch anhand anderer Fallbeispiele kommunale Strategien von Integration durch Teilhabe und Vielfalt sowie zivilgesellschaftliche Bewegungen identifizieren, die als Gegenstand politik- und sozialwissenschaftlicher Analysen dienen können oder für die politische Didaktik relevant sind.

In der sich derzeit rasant ändernden Wissenschaftslandschaft gewinnen im Rahmen der Migrationsforschung auch die Kultur- und Religionswissenschaften zunehmend an Bedeutung. Ihre Impulse sensibilisieren für den Umgang mit interkulturellen Diversitäten, sollten jedoch gleichzeitig den Dialog um Themen wie »Leitkultur« und »Parallelgesellschaften« nicht scheuen.<sup>51</sup> Auszuloten wäre zum Beispiel, ob ein inklusiver, am Nationalen festgemachter Leitkultur-Begriff, wie er der Neuen Rechten und Teilen der Konservativen vorschwebt, Ängsten der Eingesessenen vor einem Ausverkauf der deutschen Kultur begegnen und/oder neu Ankommenden den Zugang zur Integration erleichtern könnte. Oder entzieht er sich jeglicher Definition und ist sogar gänzlich zum Scheitern verurteilt, wie es die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoğuz<sup>52</sup> und der Philosoph Jürgen Habermas<sup>53</sup> behauptet haben? In diesem Falle bedürfte es entsprechender Gegendiskurse und neuer Begriffsangebote (etwa dem von Özoğuz ins Spiel gebrachten »Gesellschaftsvertrag«), damit Kultur nicht zu einem rechten Kampfbegriff verkommt.

---

50 Friedrichs/Leßke/Schwarzenberg (2017), S. 39 f.

51 Entsprechende Debatten konnten unter anderem um Thomas de Maizières (CDU) Zehn-Punkte-Katalog im Bild-am-Sonntag-Interview (v. 30.4.2017) beobachtet werden.

52 Özoğuz (2017).

53 Habermas (2017). Zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung von »umkämpften Begriffen« siehe Flümman (2016).

## Zum Aufbau des Bandes

Auf der Basis der vorgestellten Dialogebenen verfolgt der Band die verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und sprachlichen Dimensionen von Flucht, Transit und Asyl und erstreckt sich auf deren unterschiedliche Betrachtungsebenen, die immer wieder neu in Dialog zueinander treten. So lässt sich die politische Dimension in internationale, nationale und kommunale Handlungsebenen aufschlüsseln, schaffen nationale Politiken doch kommunale Praxen und provozieren internationale Entwicklungen nationale Positionen – und umgekehrt. Gesellschaft wird in ihrer Gesamtheit betrachtet, schließt also den Blick auf Gruppen und Individuen gleichermaßen ein. Sprache manifestiert sich innerhalb öffentlicher und politischer Diskursräume; sie stellt »Wahrheiten« infrage oder schafft neue. All diese Bereiche lassen sich gleich mehrfach unter den vorgestellten Dialogebenen – interdisziplinär, international, praxisbezogen – subsumieren und überbrücken damit nicht nur einzelne Wissenschaftsdisziplinen und nationale Räume, sondern beschreiben auch Wechselwirkungen zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis. Immer wieder verortet sich der Band auf einem dreidimensionalen Spektrum zwischen Theorie/Hypothese, Praxisbericht und Praxisorientiertheit. Dadurch soll definitorische Klarheit geschaffen werden, wo mediale Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren zur Verunklarung beigetragen hat. Und es sollen konkrete Handlungsempfehlungen und Denkansätze für Wissenschaft, Gesellschaft und Politik gegeben werden.

Die Beiträge setzen sich auf der Grundlage unterschiedlicher fachlicher und fachübergreifender Perspektiven indirekt wie direkt zueinander in Bezug oder entspringen aus im Kern interdisziplinären Wissenschaftsfeldern wie der Migrationsforschung (*Interdisziplinärer Dialog*). Paul Colliers volkswirtschaftlicher Blick ermöglicht eine weltpolitische Betrachtung jenseits nationaler und regionaler Grenzen und mahnt, globale ökonomische und historische Interdependenzen nicht aus dem Blick zu verlieren. Julian Nida-Rümelin denkt im Dialog mit Thomas Meyer Grenzen philosophisch neu, während Susanne Mantel die Potenziale und Limitierungen von Asylpolitik moralphilosophisch auf den Prüfstand stellt. Sprache und Grenzen von Sprache kommt dabei eine besondere Bedeutung zu und so setzen sich Sybille Reinke de Buitrago, Lisa Peyer und Christiane Suchanek mit Begriffen wie »Flüchtlings-



welle« und »Fluchtursachenbekämpfung« und Prozessen des *Othering* diskursiv auseinander. Vinzenz Kratzer, Frank Decker und Timo Karl bemühen sich um definitorische Klarheit politischer und politikwissenschaftlicher Begriffe und Phänomene, indem sie einerseits verschiedene Quellen und Spielarten von Migration, andererseits die unterschiedlichen Erscheinungsformen des rechten Protestes gegen die Zuwanderung in den Blick nehmen. Mit Letzteren befasst sich auch Anja Besand – aus der Perspektive der Politikdidaktik. Analysen und Projekte der politischen Bildung finden sich zugleich in den Beiträgen Inken Heldts, die in einer eigenen qualitativen Jugendstudie die neoliberale Durchdringung jugendlicher Welt(sicht)en nachzeichnet – und zeigt, wie dabei Erfolg und Leistung scheinbar untrennbar mit basalen Menschenrechten verknüpft werden –, sowie in der Darstellung Clemens Stolzenbergs, der aus den Erfahrungen eines Social-Media-Projektes über Flucht und Sport berichtet. Sport ist auch für Jürgen Mittag ein teilhabeorientierter Integrationsmotor, für den sich eine politikwissenschaftliche Analyse anbietet. Dieser partizipatorische Ansatz findet seinen Ausdruck ebenfalls in den Überlegungen zu formaler und non-formaler Bildungsteilhabe und dem Ausräumen von Integrationshindernissen von Norbert Frieters-Reermann und Diana Carolina Tobo. Zugleich befasst sich der Band eingehend mit den Realitäten, Potenzialen und Spannungen zwischen den nationalen und internationalen Dialogebenen (*Internationaler Dialog*). Dabei zeigt sich, dass selten ein Fokus allein global, regional, oder national trägt. Vielmehr entstehen durch den stetigen Perspektivwechsel Verknüpfungen, die oftmals über Grenzen – nicht nur physisch geografisch, sondern auch mental assoziativ – hinaustragen. Ähnlich Colliers globalem Blick betont Galya Ruffer die Bedeutung internationaler Verflechtungen und fordert einzelne Nationen sowie die internationale Gemeinschaft gleichermaßen zum Bauen von Brücken in die Heimat Geflüchteter auf. Nur so ließen sich langfristige Strategien der Post-Konflikt-Vermeidung umsetzen und neue potenzielle Fluchtursachen im Ansatz eindämmen. Mit der zunehmend bedeutsamen Fluchtursache Klima und Umwelt und deren Folgen für die internationale Gemeinschaft befasst sich Timo Karl; auch in Ernst Mönichs Beitrag geht es um die Analyse von Fluchtursachen und ihrer ökonomischen Auswirkungen auf die nationale und regionale Ebene. Mahir Tokatlı und Hanne Schneider nehmen wiederum ausgewählte zwischenstaatliche Beziehungen in den Blick; ihre Aufsätze befassen sich mit

dem Verhältnis der Ukraine und der Türkei zu Europa bzw. zur Europäischen Union. Last but not least finden sich in vielen Beiträgen praxisorientierte oder -bezogene Ansätze (*Dialog mit der Praxis*). Yasemin Bekyol überprüft an Fallbeispielen, wie die europäischen und internationalen Vorgaben zur Flüchtlingsunterbringung auf nationaler bzw. kommunaler Ebene umgesetzt werden. Ihr Hauptaugenmerk gilt dabei der Unterbringung von Frauen, womit sie eine Brücke zu Laura Wallners Beitrag schlägt, die die sich verändernden Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen von *Diversity-Management-Strategien* kommunaler Verwaltungen im Umgang mit migrierten und geflüchteten Menschen untersucht. Überhaupt erweist sich die kommunale Praxis als wichtige Integrationsstütze, wie Maike Dymarz, Susanne Kubiak und Mona Wallraff am Beispiel Dortmunds aufzeigen. Martin Mertens' Einblicke in die Integrationserfolge der Stadt Rommerskirchen geben ebenfalls Anlass zum Optimismus für die Erfolgchancen einer integrierenden und zugleich pluralistischen Migrationspolitik. Stets muss sich eine solche gelebte Integrationskultur jedoch zugleich den Ängsten der institutionell wie gesellschaftlich »Abgehängten« stellen – sowie den »Angstmachern« auf der politischen Unternehmenseite, die mit diesen Ängsten populistische Stimmungsmache betreiben. Eine institutionelle Strategie gegen Letztere bietet Volker Bests Modell eines reformierten Verhältniswahlsystems, das eine Rückverlagerung des Parteienwettbewerbs vom rechten Rand in die politische Mitte anstrebt. Der Band schließt mit einem autobiografischen Essay. Hierin berichtet der Publizist und Gründer der »Hotline für besorgte Bürger« Ali Can über seine eigenen Erfahrungen als Migrant in Deutschland und seine alltäglichen Begegnungen mit Stereotypisierung und Skepsis. Er zeigt individuelle und psychologische Ansatzpunkte auf, um der Vielfalt einer Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden.

## Anmerkungen zum Sprachgebrauch

Die Herausgeberinnen und Herausgeber sind sich der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung geschlechtergerechter Sprache bewusst. Der Umgang mit den zahlreichen Schreibvariationen hat in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen unterschiedliche Tradition, und nicht

immer trägt eine bestimmte Schreibweise zum inhaltlichen oder sprachlichen Verständnis bzw. Lesefluss bei. Aus diesem Grund haben wir den Autorinnen und Autoren die Entscheidung bezüglich ihrer präferierten Schreibweise selbst überlassen; wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass bei allen Varianten stets eine geschlechterdiversifizierte Lesart intendiert und/oder möglich ist.<sup>54</sup>

Sprache prägt unsere Wahrnehmung der Welt; ist sie auch im Diskurs über Menschen – insbesondere Menschen mit erhöhtem Schutzbedarf – von Bedeutung. In der Regel ist aus diesem Grund zur Vermeidung des Diminutivs »Flüchtling« meist von »Flüchtenden/Geflüchteten« oder »flüchtenden/geflüchteten Menschen« und »Menschen auf der Flucht« die Rede. Es ist jedoch nicht die Intention der Autorinnen und Autoren oder der Herausgeber, isoliert künstliche Sprachräume zu schaffen. Im allgemeinen Sprachgebrauch etablierte Wortzusammensetzungen wie »Flüchtlingsunterkunft« wurden als solche belassen. Nicht immer einheitlich ist der Umgang mit Suggestivbegriffen wie »Flüchtlingskrise«, »Flüchtlingswelle«, »Flüchtlingsströme« etc., weil die wortinhärenten Suggestionen »Überforderung« oder »Katastrophe« von den Autorinnen und Autoren als Forschungsgegenstand in der Regel mitgedacht und zugleich kritisch hinterfragt werden.

## Literatur

- Aced, Miriam/Tamer Düzyol/Arif Rüzgar/Christian Schaft (2014): Migration, Asyl und (Post-)Migrantische Lebenswelten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken, Berlin.
- Amadeu Antonio Stiftung/Förderverein PRO ASYL e. V. (2016): Neue Nachbarn. Vom Willkommen zum Ankommen, 2. Aufl., Berlin/Frankfurt a. M.
- Bade, Klaus J. (1999): Migrationsforschung und Gesellschaftspolitik im »doppelten Dialog«, in: Profile der Wissenschaft. 25 Jahre Universität Osnabrück, hg. v. Rainer Künzel et al., Osnabrück, S. 107-121.
- Bade, Klaus J. (2004): Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen.
- Bade, Klaus J. (2015): Zur Karriere und Funktion abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik. Essay, in: APuZ 65 (2015) 25, S. 3-8.
- Becher, Philip/Christian Begass/Josef Kraft (2015): Der Aufstand des Abendlandes. AfD, Pediga & Co. Vom Salon auf die Straße, Köln.

---

54 Das generische Maskulinum (»Migranten«) deckt nicht nur die männlichen, sondern mindestens auch die weiblichen Mitglieder dieser Gruppe mit ab (»Migrantinnen und Migranten«). Binnen-I (»MigrantInnen«), Gender-Schrägstrich (»Migrant/innen«), Gender-Gap (»Migrant\_innen«), und Gender-Sternchen (»Migrant\*innen«) sind gleich zu lesen.